

**Antrag**

Hannover, den 14.08.2018

Fraktion der SPD  
Fraktion der CDU**Landwirtschaft und ländliche Räume in Niedersachsen stärken - Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020**

Der Landtag wolle beschließen:

## EntschlieÙung

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ist bis heute einer der am stärksten vergemeinschafteten Politikbereiche der EU. Vor allem die ländlichen Regionen profitieren in einem hohen Maße von dieser Gemeinschaftspolitik. Mit den ca. 11 Millionen landwirtschaftlichen Betrieben sind insgesamt rund 44 Millionen Arbeitsplätze in der EU verbunden. In Niedersachsen ist jeder zehnte Arbeitsplatz von der Wertschöpfungskette der Agrar- und Ernährungswirtschaft direkt oder indirekt abhängig. Die GAP ist damit ein wichtiger Bestandteil des Europäischen Integrations- und Einigungsprozesses und leistet einen unverzichtbaren Beitrag zum Ziel der Schaffung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsverhältnisse in den ländlichen Regionen der EU. Niedersachsen profitiert in einem hohen Maße von dieser zentralen Gemeinschaftspolitik.

Die bisherige Zwei-Säulen-Struktur der GAP hat sich bewährt. Die erste Säule umfasst insbesondere Direktzahlungen an die Landwirtschaft. Diese werden aus dem Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft finanziert und unterliegen strengen Auflagen, der sogenannten Cross Compliance, der Vorgabe, landwirtschaftliche Flächen in einem guten ökologischen Zustand zu erhalten, und weiteren Umwelanforderungen. Daher ist eine umfangreiche Ausgestaltung der ersten Säule von Bedeutung. Die zweite Säule wird aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) gespeist. Sie umfasst ein breites Spektrum an Fördermaßnahmen wie die Dorfentwicklung, den Breitbandausbau, den Wegebau, die Agrarinvestitionsförderung, die Förderung des ökologischen Landbaus sowie umfangreiche Agrarumweltmaßnahmen. Die Förderungen der ersten und zweiten Säule sind für die prosperierende Entwicklung der ländlichen Räume in Niedersachsen auch in Zukunft von zentraler Bedeutung. Der Landtag verfolgt dabei insbesondere das Ziel, allen Teilen des Landes eine zukunftsfähige Entwicklung zu ermöglichen und die Land- und Ernährungswirtschaft sowie die ländlichen Regionen zu stärken.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf,

1. sich im Rahmen des Agrarreformprozesses in Brüssel und auf Bundesebene für ein den großen Handlungsbedarfen in der Landwirtschaft und den ländlichen Räumen angemessenes EU-Agrarbudget einzusetzen,
2. für die Bewahrung eines funktionierenden Agrarinnenmarkts sowie die Beibehaltung der marktwirtschaftlichen Ausrichtung der GAP einzutreten,
3. sich bei der Reform der GAP dafür stark zu machen, dass Förderangebote der zweiten Säule weiterhin zielgenau auf die landesspezifischen Bedarfe in Niedersachsen zugeschnitten werden können, auch wenn es statt der Länderprogramme für den ELER nur noch einen nationalen Strategieplan für beide GAP-Säulen in Deutschland geben sollte,
4. für eine ausgewogene Berücksichtigung von Aspekten des Klimaschutzes, der Anpassung an den Klimawandel sowie eine effiziente Nutzung von Ressourcen und Beiträgen zu Natur- und Landschaftsschutz zu sorgen,
5. auf eine wesentliche Vereinfachung des EU-Rechtsrahmens zur Ausgestaltung und Umsetzung der GAP hinzuwirken, um für Antragsteller und Verwaltungen spürbare Erleichterungen bei den aus dem EU-Recht resultierenden bürokratischen Anforderungen zu erreichen,

6. auch bei den vom Land erlassenen Gesetzen, Verordnungen und sonstigen Regelungen alle Spielräume für eine Vereinfachung des förderrelevanten Regelwerks bestmöglich zu nutzen,
7. landwirtschaftliche Familienbetriebe insgesamt noch stärker in das Zentrum der zukünftigen Förderung zu stellen,
8. die Wertschöpfungsketten der Agrar- und Ernährungswirtschaft im ländlichen Raum zu stärken,
9. den Transfer von Wissen, Innovationen und Technologien zu beschleunigen,
10. noch stärker als bisher auf den Zugang der Bevölkerung zu sicheren, gesunden, hochwertigen und vielfältigen Lebensmitteln hinzuwirken,
11. unter Beteiligung der maßgeblichen Ressorts eine den vorstehenden Zielen verpflichtete Strategie für die zukünftige Umsetzung der GAP in Niedersachsen zu erarbeiten.

#### Begründung

Die Europäische Kommission hat am 29.11.2017 eine Mitteilung zur Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020 vorgelegt und Rechtsvorschläge zur künftigen Ausgestaltung der beiden Säulen der GAP am 01.06.2018 vorgelegt.

Kommissar Oettinger hat am 2. Mai einen Vorschlag zum Mehrjährigen Finanzrahmen der EU vorgelegt. Einsparungen sollen den Einnahmeausfall aufgrund des geplanten Austritts der Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union (Brexit) zu 50 % und den Mehrbedarf für neue Aufgaben zu 20 % kompensieren. Die übrigen fehlenden Mittel sollen durch höhere Beitragsleistungen der Mitgliedstaaten sowie über eigene Einnahmequellen der EU gedeckt werden.

Kürzungen im EU-Haushalt würden in Niedersachsen voraussichtlich die Förderungen aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Europäischen Meeres- und Fischereifonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes sowie den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft betreffen. Die zweite Säule ist von den Vorschlägen nach Berechnungen des Europäischen Parlaments mit 28 % überproportional von Kürzungen betroffen. Dies wäre damit für Niedersachsen als zweitgrößtes Flächenland besonders nachteilig.

Bisher werden jährlich rund 780 Millionen Euro Direktzahlungen und 328 Millionen Euro über Maßnahmen der zweiten Säule verwaltet und ausgezahlt. Diese Möglichkeit der strukturellen Entwicklung unserer Land- und Ernährungswirtschaft sowie der ländlichen Räume gilt es auch in Zukunft für Niedersachsen zu erhalten.

Um die Anliegen Niedersachsens in dem Reformprozess weiterhin wirksam einbringen zu können, hält der Landtag eine Positionierung der Landesregierung gegenüber der Bundesregierung sowie der EU-Kommission im Sinne dieser Entschließung für erforderlich.

Für die Fraktion der SPD

Johanne Modder  
Fraktionsvorsitzende

Für die Fraktion der CDU

Jens Nacke  
Parlamentarischer Geschäftsführer

(Verteilt am 15.08.2018)